

# Antrag

**Initiator\*innen:** Landesvorstand

**Titel:** **Leitantrag - Zukunft gestalten, Sicherheit geben,  
Gerechtigkeit schaffen - Konsequenzen in und  
aus der Covid 19-Krise**

---

## Votum der Antragskommission

Debatte

## Antragstext

### 1 SACHSEN IN DER PANDEMIE

2 Die Covid19-Pandemie hat fast jeden Lebensbereich die letzten Monate geprägt:  
3 den **Alltag, die Familien, die Arbeit und das Zusammenleben**. Die Menschen wurden  
4 dabei durch die Maßnahmen sehr unterschiedlich getroffen. **Die Folgen der**  
5 **Pandemie waren und sind nicht gerecht verteilt.**

6 **Und dennoch ist Sachsen bislang glimpflich durch die Krise gekommen.** Land und  
7 Bund haben es bislang geschafft, einen massiven Anstieg von Insolvenzen und  
8 Arbeitslosigkeit zu verhindern und Grundrechte wie das Recht auf Bildung und das  
9 Demonstrationsrecht zu wahren.

10 **Wir danken den Kollegen und Kolleginnen, die die Gesellschaft auch in**  
11 **schwierigen Situationen am Laufen halten.** Beispielhaft wollen wir die  
12 Pflegeheime, die Krankenhäuser, den Einzelhandel, die Kitas oder die Schulen  
13 nennen. Ohne diese Menschen, die in oftmals unterschätzten Berufen arbeiten,  
14 wären wir nicht so gut durch die Krise gekommen. Und auch ohne das soziale und  
15 gesellschaftliche Engagement der Verbände und Organisationen wäre dieser

16 Kraftakt nicht möglich gewesen. Wir bedanken wir uns für die intensive  
17 Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung, Staatsregierung, Kommunen und  
18 Verwaltungen.

19 **Wir danken den Familien, die einiges ausgehalten mussten. Es ist absolut**  
20 **richtig, dass in der zweiten Welle in Sachsen die Kitas und Schulen geöffnet**  
21 **blieben. Die Politik hat hier gelernt. Wir danken auch den konstruktiven**  
22 **Kritikerinnen und Kritikern der Maßnahmen: Denn die Krise war auch ein großer**  
23 **Lernprozess.**

24 Nur denjenigen, die bewusst Regeln brachen und die Notsituation der Pandemie  
25 nutzen wollten, um die Gesellschaft zu spalten, denen danken wir für nichts.

26 Wir danken den **Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern**, die gerade weltweit  
27 gemeinsam im Austausch stehen, um Wissen über das Covid19-Virus, über die  
28 Erkrankungen und die Impfstoffe zu erarbeiten.

29 Die Mehrheit der Menschen in Deutschland und Sachsen unterstützt die  
30 Krisenpolitik der Bundes- und Landesregierung und hat durch solidarisches  
31 Handeln zur Eindämmung der Pandemie beigetragen. Wir müssen aber feststellen,  
32 dass unterschiedliche Meinungen zur Pandemie und eine unterschiedliche  
33 „Betroffenheit“ zu vielen Konflikten in Freundes- und Bekanntenkreisen geführt  
34 haben. Einige Gräben in der Gesellschaft haben sich vertieft. In manchen  
35 Momenten wurden auch die Feinde der Demokratie gestärkt.

36 Bei allen Erfolgen der Krisenpolitik müssen wir auch feststellen: Die Maßnahmen  
37 zur Eindämmung des Covid19-Virus hatten und haben **erhebliche, teils bittere**  
38 **wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Schäden verursacht**. Sie haben  
39 viele Sächsinen und Sachsen hart getroffen. Bei einem Kurzarbeitergeld von 60  
40 bzw 67 Prozent bleibt bei kleinen Einkommen nur wenig übrig. Die Öffnung der  
41 Grundsicherung hat viele Selbstständige vor einem Sturz nach ganz unten bewahrt,  
42 viele verloren aber dennoch viele Einnahmen oder gar ihr Geschäftsmodell.  
43 Zukunftspläne wurden zunichte gemacht, etwa in der Kulturbranche, der  
44 Gastronomie und der Veranstaltungsbranche.

45 Die besonders betroffenen Branchen und die dort arbeitenden Menschen müssen wir  
46 in Zukunft verstärkt im Blick behalten.

47 **ENTSCHLOSSEN HANDELN, MIT DER ZUKUNFT UND DEN**  
48 **MENSCHEN IM BLICK**

49 Neben der Bewältigung der Pandemie braucht Sachsen eine Debatte über die Zukunft  
50 unseres Landes. Wir haben als SPD konkrete Ideen und Maßnahmen entwickelt, die  
51 nicht nur kurzfristig in der Pandemie wirken. Wir brauchen mehr Mut!

52 Wir sind in Sachsen bislang wirtschaftlich, sozial und gesellschaftlich relativ  
53 gut durch die Krise gekommen, weil die Politik entschieden gehandelt hat. Wir  
54 tun alles dafür, dass dies auch so bleibt und Lücken im Unterstützungssystem  
55 geschlossen werden.

56 Wir werden jene Bereiche besonders in den Blick nehmen, bei denen Fehlstellen  
57 und Probleme während der Pandemie deutlich wurden. Die Pandemie wirkte wie ein  
58 Brennglas auf Ungerechtigkeiten, politische Fehlentwicklungen und mangelnden  
59 Reformgeist. Das gilt etwa für das Sozialversicherungssystem, bei der  
60 Förderung von Familien, für einige Bedingungen an den Schulen und im  
61 Gesundheitssystem. Hier gilt es, die richtigen Konsequenzen für die Zukunft zu  
62 ziehen.

63 Wir wollen trotz oder gerade aufgrund der Krise in die Zukunft investieren.  
64 Neben dem „Normalgeschäft“ gilt es, die großen Herausforderungen zu  
65 meistern: Digitalisierung, Verkehrswende und Klimaschutz. Deshalb kämpfen wir  
66 trotz Corona dafür, dass Sachsen seine wichtigen Zukunftsinvestitionen heute  
67 auf den Weg bringt. Wir halten den Dreiklang aus Beschäftigungssicherung,  
68 handlungsfähigem Sozialstaat und Zukunftsinvestitionen für die entscheidenden  
69 Voraussetzungen, um Sachsen erfolgreich durch die aktuelle Pandemie zu führen.  
70 Der Staat muss aktiv handeln!

71 Wohin es führt, wenn der Staat in einer Krise kürzt und Investitionen  
72 aufschiebt, haben wir vor einem Jahrzehnt unter der CDU-FDP-Regierung gesehen.  
73 Die Finanzkrise mussten Kinder, Jugendliche, Familien und die gesamte  
74 Soziallandschaft bezahlen. Es wurde zu wenig in ÖPNV, in Digitalisierung und in  
75 Klimaschutz investiert. Die gesellschaftlichen Folgen verarbeitet Sachsen noch  
76 heute. Wir kämpfen dafür, dass sich 2010 nicht wiederholt.

77 Wir haben die damalige Tillich-CDU unter dem Schlagwort „Der Staat muss  
78 funktionieren“ getrieben. Wir haben mit der SPD die Kürzungspolitik der CDU-FDP-  
79 Vorgängerregierung beendet und seitdem Strukturen wiederaufgebaut und neues  
80 Vertrauen geschaffen. Mehr Personal in Schulen, Kitas und der Polizei, mehr Geld  
81 für Kultur, Kinder- und Jugendarbeit, für Demokratieprojekte und  
82 Studierendenwerke sowie für den sozialen Ausgleich sind nur einige Beispiele.  
83 Mehr Geld für Digitalisierung, Infrastruktur und Arbeit. Das waren und sind hart  
84 erkämpfte Erfolge.

85 Heute funktioniert der Staat wieder in vielen Bereichen. Auch deshalb sind wir  
86 gut durch die Krise gekommen. Seit der SPD-Regierungsbeteiligung im Freistaat  
87 Sachsen ist der soziale und handlungsfähige Staat Schritt für Schritt  
88 zurückgekehrt. Wir haben auch diesmal in der Krise nicht auf Sozialabbau  
89 gesetzt, sondern die sozialen Strukturen in Sachsen erhalten.

90 Wir brauchen eine mutige Politik in Sachsen. Wir brauchen neue Weichenstellungen  
91 auf der Bundesebene. Die Haushaltsverhandlungen in Sachsen entscheiden wie die  
92 Bundestagswahlen 2021 über die Zukunft Sachsens mit.

## 93 **1. WIR WOLLEN BESCHÄFTIGUNG SICHERN UND NEUE ARBEITSPLÄTZE** 94 **SCHAFFEN.**

95 Unsere Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik wurde durch Corona vor eine große  
96 Herausforderung gestellt. Die Bilanz vor Ausbruch der Corona-Krise konnte sich  
97 sehen lassen. Die positive Entwicklung der Einkommen und eine stabile  
98 Beschäftigung haben eine robuste Binnenkonjunktur in Sachsen gestützt.

99 Mit dem Virus und den harten Maßnahmen am Beginn der ersten Welle haben wir aber  
100 faktisch überall einen gleichzeitigen Einbruch auf der Nachfrage- und der  
101 Angebotsseite erleben müssen: Einkommen blieben aus, Veranstaltungen fielen aus,  
102 die Produktion ruhte, Dienstleistungen wurden abgesagt und Lieferketten rissen.  
103 Durch die Hilfsprogramme des Bundes und des Landes sowie das Kurzarbeitergeld  
104 wurden eine Insolvenzwelle und ein massiver Anstieg der Arbeitslosigkeit in  
105 Sachsen aber verhindert.

106 So haben wir aus dem SPD-geführten Wirtschafts- und Arbeitsministerium heraus am  
107 Beginn der Pandemie sofort gehandelt. Mit dem Programm „Sachsen hilft sofort“  
108 unterstützt das Land Unternehmen dabei, mit zinslosen und langfristigen  
109 Nachrangdarlehen ihre Liquidität zu sichern. Dieses erfolgreiche Programm haben  
110 wir im Laufe des Frühjahrs 2020 noch erweitert, damit es auch mittleren  
111 Unternehmen offensteht. Damit haben wir in Sachsen Maßnahmen der Bundesregierung  
112 wie die Ausweitung der Kurzarbeit, den Soforthilfe-Zuschuss für kleine  
113 Unternehmen oder die KfW-Schnellkredite für mittlere Unternehmen sinnvoll  
114 ergänzt.

115 All diese Maßnahmen wirkten kurzfristig gegen die coronabedingte  
116 Konjunkturdelle. Aber unser Anspruch ist größer als den Vorkrisenzustand  
117 wiederherzustellen. Deshalb haben wir nach dem Ende der „ersten Welle“ ein  
118 Maßnahmenpaket für die Modernisierung der sächsischen Wirtschaftsstruktur  
119 vorgelegt, um die Nachfrage zu beleben, Beschäftigung zu sichern und auszubauen  
120 und die Unternehmen bei zukunftssträchtigen Investitionen zu unterstützen.

121 Dazu haben wir einen Stabilisierungsfonds aufgelegt, damit Unternehmen mit  
122 staatlichen Beteiligungen neu investieren und ihr Geschäft langfristig  
123 stabilisieren können. Wir haben die landeseigenen Rettungsprogramme „Rettung und  
124 Umstrukturierung von kleinen und mittleren Unternehmen in Schwierigkeiten“ und  
125 „Krisenbewältigung und Neustart“ aufgestockt und einen Corona Start-up  
126 Hilfsfonds für junge Unternehmen gestartet. So kommen viele Unternehmen und ihre  
127 Beschäftigten besser durch die Krise und können ihr Know-How beim nächsten  
128 Modernisierungsschritt einbringen.

129 Denn in Sachsen gibt es viele auch viele Betriebe, die Produkte herstellen,  
130 deren Nachfrage sinkt oder deren Herstellung in anderen Weltregionen in die  
131 globalen Wertschöpfungsketten integriert wird. Unsere beschäftigungsstarken  
132 Branchen wie der Automobilbau, der Maschinen- und Anlagenbau oder die  
133 Kreativwirtschaft stehen vor Transformationsprozessen, die viele der zentralen  
134 Produktions- und Vertriebsbedingungen ihrer Produkte und Dienstleistungen zur  
135 gleichen Zeit umwälzen.

136 Deshalb haben wir in der Krise nicht nur konkrete Schritte unternommen, um die  
137 Arbeitsplätze der sächsischen Beschäftigten zu erhalten, sondern wir wollen  
138 gleichzeitig neue Jobs für die Zukunft schaffen. Wir können den Beschäftigten  
139 zwar nicht versprechen, dass sie in den nächsten 30 Jahren einen Dieselmotor  
140 zusammenschrauben oder Versicherungen verkaufen. Wir geben aber das Versprechen,  
141 dass wir alles dafür tun werden, dass sie eine gleichwertige, gute Beschäftigung  
142 haben werden. Die Maßnahmen zur Unterstützung und Abfederung des Strukturwandels  
143 in den Braunkohleregionen zeigen, welche Möglichkeiten genutzt werden können,  
144 wenn der Wille dazu vorhanden ist.

145 Dazu braucht es jetzt Investitionen in Sachsen! Der Bund macht es vor:  
146 Deutschland investiert in den nächsten Jahren ca. 50 Milliarden Euro pro Jahr in  
147 Zukunftstechnologien, in die Verkehrswende und in den Klimaschutz. So bleibt  
148 unser Land im Weltmaßstab konkurrenzfähig und sichert die Einnahmen der Zukunft.

149 Sachsen muss diesen Schwung nutzen. Wir brauchen auch im Freistaat einen  
150 Investitionsschub. Wir wollen die großzügigen Fördermittel des Bundes nutzen –  
151 und brauchen dafür Kofinanzierungsmittel. Ein Beispiel: Wenn der Bund ein „Graue  
152 Flecken“-Programm auflegt, um das gesamte Land mit Glasfaser zu erschließen,  
153 muss Sachsen eigenes Geld beisteuern. Es wäre töricht, diese Chance verstreichen  
154 und die Fördermittel liegen zu lassen. Denn so müsste Sachsen entweder in  
155 einigen Jahren vollständig aus eigener Kraft erschließen – für die vielfachen  
156 Kosten – oder aber weite Landesteile blieben von der Digitalisierung abgehängt.  
157 Beides ist nicht nachhaltig – und beides kann sich Sachsen nicht leisten.

158 Gerade in Krisenzeiten, in denen private Investitionen zurückgehen, haben

159 öffentliche Investitionen einen dringend erforderlichen positiven Effekt auf die  
160 Wirtschaft, die Arbeitsmarktsituation und die Sicherheit der Beschäftigten.  
161 Angesichts der konjunkturellen Lage und des Zinsniveaus ausgerechnet jetzt die  
162 öffentlichen Ausgaben zu reduzieren hieße, wider besseres Wissen Sachsens  
163 Ausgangsposition für das nächste Jahrzehnt deutlich zu verschlechtern.

164 Wir haben jetzt und heute die Chance, dass die ostdeutsche und die sächsische  
165 Industrie zu Vorreitern auf einzelnen Wirtschaftsfeldern werden können. Wir  
166 haben das erste Mal seit 1990 eine Chance auf einen Vorsprung Ost! Voraussetzung  
167 dazu ist eine industrie-, energie- und forschungspolitische  
168 Innovationsstrategie.

169 Wenn wir jetzt bei Zukunftstechnologien wie der Wasserstoff-Technologie und dem  
170 Ausbau der erneuerbaren Energien sparen, dann droht der Zug für Sachsen  
171 abzufahren. Die anderen Wirtschaftsregionen dieser Welt warten nicht. Es ist  
172 deshalb jetzt umso wichtiger, dass im Landeshaushalt Mittel für die  
173 erfolgreichen High-Tech-Programme zur Verfügung gestellt werden, die uns  
174 ermöglichen, Sachsen bei den Innovationszyklen der Zukunft vorn zu positionieren  
175 – sei es die Technologieförderung, die Förderung von Innovationsclustern aus  
176 Unternehmen und Forschungseinrichtungen oder eine sächsische Beteiligung an  
177 grenzüberschreitenden öffentlich-privaten Großinvestitionen in die  
178 Wasserstoffwirtschaft.

179 In Dresden entwickelt sich gerade die Weltspitze der Roboterforschung und  
180 Mikroelektronik, in Sachsen wird der Grundstein für die Zukunft des deutschen  
181 Automobilbaus gelegt, in Leipzig, Kamenz und Döbeln werden in Zukunft modernste  
182 Batterien hergestellt. Wir sichern damit die Zukunft des Automobil-Baus in  
183 Sachsen: Neben den bekannten Akteuren bei der Entwicklung und dem Bau von  
184 Brennstoffzellen und Systemkomponenten für die Mobilität muss ein Fokus auf  
185 Tanksysteme und die Systemintegration gelegt werden. Während im Bereich der PKW-  
186 Antriebe der Einsatz von Batterien als effizienteste Variante gilt, wird bei Bus  
187 und Bahn sowie beim Schwerlastverkehr Wasserstoff eine wichtige Rolle spielen.

188 Die sächsischen Autozulieferer sind beim Strukturwandel in der Branche zu  
189 unterstützen, um nachhaltige Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen.  
190 Lediglich an bekannten und etablierten Strukturen festzuhalten, macht dabei aber  
191 keinen Sinn, weil die weltweite Entwicklung im Bereich der Mobilität und die  
192 vorhandene Konkurrenzsituation nicht allein aus Sachsen beeinflusst werden  
193 können.

194 Hier gilt es, die gemeinsamen Netzwerke von Industrie und Forschung in Sachsen  
195 zu nutzen, um die vorhandene Position zu halten und ggf. auszubauen, vor allem  
196 in Bereichen mit Alleinstellungsmerkmalen.

197 Bei der Wasserstoffmobilität brauchen wir ein Leuchtturmprojekt. Dabei müssen  
198 wir all jene Akteure einbeziehen, die entlang der Wertschöpfungskette für grünen  
199 Wasserstoff relevant sind. Wir haben in Sachsen eine sehr gute Ausgangsposition  
200 in den Bereichen der Elektrolyseur- und Brennstoffzellentechnologien, die wir  
201 festigen und ausbauen sollten. Deshalb braucht es ein Entwicklungszentrum für  
202 die Vorlaufforschung für grünen Wasserstoff.

## 203 **2. ARBEITSPLÄTZE FÜR DIE ZUKUNFT MIT GLEICHEM LOHN FÜR** 204 **GLEICHE ARBEIT**

205 Die Beschäftigten und Soloselbständigen wurden durch den Wegfall von Aufträgen  
206 oder durch Arbeitslosigkeit teilweise hart getroffen. Gerade für viele  
207 Beschäftigte mit niedrigen Einkommen reicht das Kurzarbeitergeld kaum zum Leben.  
208 Das gilt insbesondere für Beschäftigte mit Teilzeitverträgen.

209 Zudem erinnern die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise viele  
210 Beschäftigte an die hohe Arbeitslosigkeit in der Vergangenheit. Verstärkt wird  
211 dieses Gefühl, weil vielen Branchen ein radikaler Wandel bevorsteht. Fast alle  
212 Kolleginnen und Kollegen wissen, dass sich die Arbeit durch Digitalisierung,  
213 Künstliche Intelligenz und Strukturwandel massiv verändern wird.

214 Es wird vielfach unterschätzt, was Massenarbeitslosigkeit und die damit  
215 einhergehende einseitige Macht der Unternehmer in den letzten 30 Jahren mit den  
216 Arbeiterinnen und Arbeitern in Sachsen gemacht hat: Man hat ihnen damals den  
217 Zahn gezogen. Sie haben oft Ihr Selbstbewusstsein verloren, manchmal auch ihren  
218 Stolz. Sie haben auf bessere Löhne und Arbeitsbedingungen verzichtet, auf  
219 Tarifverträge und Betriebsräte – in der Hoffnung, dadurch ihre Jobs zu sichern.  
220 In vielen Branchen bezahlen sie diesen Verzicht auf Mitbestimmung aber mit  
221 geringen Löhnen, schlechteren Arbeitsbedingungen und in der Folge mit einer  
222 drohenden Altersarmut.

223 Umso bemerkenswerter ist es, dass wir in den letzten Monaten im Schatten der  
224 Pandemie viele Beschäftigten für höhere Löhne und mehr Rechte kämpfen sehen. Die  
225 Streiks für bessere Löhne in der sächsischen Lebensmittelindustrie sind dafür  
226 nur ein Beispiel.

227 Wir werden diese Bewegung politisch weiter unterstützen. Dies geht über konkrete  
228 Solidaritätsaktionen, aber auch über einen regelrechten Kulturkampf: Es ist ein  
229 Kampf gegen das 1990er-Jahre Denken. Man muss heute weniger Angst um den  
230 Arbeitsplatz haben, wenn man Forderungen an die Firmen und Chefs stellt.  
231 Arbeitsplatzverlust ist in Zeiten des Fachkräftemangels oft eine leere Drohung.  
232 Es ist zudem ein Kampf gegen das Motto: „Sozial ist, was Arbeit schafft“. Dieses

233 Motto führte dazu, dass die Ostdeutschen beim Einkommen oft als Kolleginnen und  
234 Kollegen zweiter Klasse da stehen.

235 Sachsen soll ein starker Wirtschaftsstandort bleiben. Viel mehr als in der  
236 Vergangenheit ist es dafür notwendig, dass das Prinzip "Gute Arbeit" auch in  
237 Sachsen zur Regel wird. Und dafür ist die Stärkung der Sozialpartnerschaft die  
238 entscheidende Voraussetzung: Mit Betriebsräten und Gewerkschaften können  
239 Regelungen zwischen Beschäftigten und Unternehmen fair und zum Wohle aller  
240 ausgehandelt werden. Betriebsräte sind keine Gegner des Unternehmens, sie machen  
241 sie krisenfester und zukunftsfähiger.

242 Wir werden als SPD daher folgende Verbesserungen der Rahmenbedingungen für die  
243 Kolleginnen und Kollegen durchsetzen:

244 Wir werden ein Vergabegesetz einführen, gegen das sich CDU und Arbeitgeber seit  
245 Jahren mit Händen und Füßen gewehrt haben. Dabei wird es einen  
246 Vergabemindestlohn geben sowie die Tarifstandards gestärkt und soziale und  
247 ökologische Kriterien verankert werden. **Auch Kriterien wie beispielsweise ein  
248 geringer Anteil an Leiharbeit, Übernahmegarantien für Azubis oder die  
249 Gleichstellung der Geschlechter sollten im Vergabegesetz positiv berücksichtigt  
250 werden.**

251 Wir werden eine Bundesratsinitiative gegen „Union-Busting“ (wörtlich  
252 übersetzt: „Gewerkschaften plattmachen“) einbringen. Dieses Handeln richtet  
253 sich oft gegen Betriebsräte, Vertrauensleute, kritische Arbeiterinnen und  
254 Arbeiter und damit gegen eine Organisierung unter Kolleginnen und Kollegen, die  
255 erst im Entstehen begriffen ist. Wir wollen deshalb Arbeitnehmerinnen schon  
256 während der Betriebsratsgründung besser schützen. Diese Unterdrückung von  
257 Mitbestimmung müssen wir härter bestrafen.

258 Wir werden für die Idee bei den Bundestagswahlen kämpfen, tarifgebundene  
259 Unternehmen steuerlich besserzustellen als nicht-tarifgebundene Unternehmen. Es  
260 muss darüber hinaus einfacher werden, Tarifverträge für ganze Branchen  
261 verbindlich zu machen: Das bedeutet, dass der Geltungsbereich von  
262 Verhandlungsergebnissen auch für die Unternehmen und die dort beschäftigten  
263 Kolleginnen und Kollegen gelten, die nicht tarifgebundenen sind. Dafür werden  
264 wir das Vetorecht der Arbeitgeber bei Allgemeinverbindlich-Erklärungen von  
265 Tarifverträgen abschaffen, damit sie diese nicht mehr blockieren können. In  
266 einer immer schneller und globaler agierenden Wirtschaft müssen bestehende  
267 Tarifverträge im Falle der Auslagerung von Betrieben oder Betriebsteilen weiter  
268 Bestand haben, bis ein neuer Tarifvertrag verhandelt ist.



269 Zudem wollen wir weitere konkrete Schritte unternehmen, dort zu handeln, wo die  
270 Corona-Krise Ungerechtigkeiten und echte Defizite deutlich gemacht hat. Viele  
271 Sächsinnen und Sachsen arbeiten im Jahresschnitt 14 Tage länger und verdienen  
272 700 Euro weniger als die Kolleginnen in Westdeutschland. Wenn man ohnehin kein  
273 hohes Gehalt bezieht und dann in Kurzarbeit muss, bleibt vom Lohn kaum etwas  
274 übrig.

275 Wir wollen daher den Mindestlohn perspektivisch auf 12 Euro anheben.

276 Kleinere und mittlere Einkommen können vor allem bei den Sozialabgaben und z.B.  
277 den Kosten für die Kinderbetreuung wirksam entlastet werden. Pauschale  
278 Steuersenkungen, von denen vor allem sehr gut Verdienende profitieren, lehnen  
279 wir ab. Unser Ziel ist vielmehr, dass Topverdienende einen größeren Beitrag  
280 zum Gemeinwohl leisten und so Mittel für Zukunftsinvestitionen frei werden.  
281 Daher wird zum Jahreswechsel der Soli nur für kleine und mittlere Einkommen  
282 abgeschafft. Die vollständige Abschaffung des Solis auch für ganz reiche  
283 Einkommen lehnen wir hingegen ab. Von einer solchen würden auch kaum  
284 Sächsinnen und Sachsen profitieren: Nimmt man das Jahr 2018 als Anhaltspunkt,  
285 dann muss ab 2021 in 1,2 Millionen Fällen der Soli nicht mehr entrichtet  
286 werden. Nur noch 11.000 Menschen müssen dann in Sachsen den Soli vollständig  
287 zahlen.

288 Ganz oben auf der Agenda unserer Forderungen bleibt auch die bessere  
289 Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Der Lockdown hat die Wichtigkeit einer  
290 verlässlichen Ganztagsbetreuung gezeigt. Gleichzeitig haben viele erfahren,  
291 dass flexiblere und selbst bestimmte Formen der Arbeit möglich sind. Viele  
292 Beschäftigte, aber auch viele Unternehmen haben den Mehrwert mobilen Arbeitens,  
293 von Homeoffice und von Telefon- wie Videokonferenzen wahrgenommen. Die SPD will,  
294 dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer diese neuen Formen der Arbeit besser  
295 nutzen können. Deshalb wollen wir einen Rechtsrahmen für das Homeoffice und  
296 das mobile Arbeiten schaffen. Dabei werden wir die Betriebe nicht aus ihrer  
297 unternehmerischen Verantwortung entlassen und achten besonders auf Arbeitsschutz  
298 sowie betriebliche Mitbestimmung.

299 Der Lockdown hat auch gezeigt, dass parallel Arbeiten und Kinder betreuen daheim  
300 Familien schnell an ihre Belastungsgrenze bringen. Wir setzen uns daher für die  
301 dauerhafte Ausweitung der Kindkrank-Tage ein. Zudem setzen wir uns für eine  
302 Verlängerung des Anspruchs über den 12. Geburtstag hinaus ein.

303 Zudem treten wir für die Gleichstellung der Geschlechter am Arbeitsmarkt ein.  
304 Auch hier hat uns Corona schmerzlich vor Augen geführt, wie weit entfernt wir  
305 hiervon sind. Wir werden das Sächsische Frauenförderungsgesetz überarbeiten.  
306 Die gesetzlichen Vorgaben müssen an den Wandel der Arbeitswelt sowie an

307 veränderte Berufsbiographien und Lebensentscheidungen aller Geschlechter und  
308 Familienformen angepasst  
309 werden. Damit der Gleichstellungsfortschritt in Sachsen wieder an Tempo gewinnt,  
310 ist ein Sächsisches Gleichstellungsgesetz unerlässlich.

### 311 **3. INVESTITIONEN LANGFRISTIG SICHERN**

312 Die Corona-Pandemie hat Folgen für den Haushalt: Haushaltsmittel sind knapp. Es  
313 geht nicht darum, Träume zu erfüllen.

314 Es geht aber darum, die Maschinen heute am Laufen zu halten und für morgen  
315 Vorsorge zu treffen. Sachsen darf den Zug in die Zukunft nicht verpassen. Mit  
316 den laufenden Einnahmen und dem Corona-Bewältigungsfonds finanzieren wir die  
317 regulären Ausgaben des Haushalts auf dem Niveau der zurückliegenden Jahre und  
318 sichern so Aufgaben wie Jugendhilfe und Kulturförderung, den Gesundheitsdienst,  
319 Kitas und Schulen, Arbeitsmarktförderung und soziale Leistungen ab.

320 Trotz einer ersten Einigung bei den Haushaltsverhandlungen bleiben wir dabei:  
321 Die Zukunftsinvestitionen, also die Ausgaben, die klar abgrenzbar für  
322 langfristig wirksame Aufgaben getätigt werden müssen, sollte Sachsen durch ein  
323 gesetzlich zu bildendes Sondervermögen auch langfristig finanzieren. Mit  
324 Krediten oder durch eine zeitlich begrenzte, verminderte Zuführung an den  
325 Generationenfonds – der Topf, in den Sachsen schon heute Geld legt für die  
326 Beamtenpensionen von morgen. Das ist in Zeiten sprudelnder Einnahmen richtig, in  
327 der Krise ist es dagegen fahrlässig.

328 Wir werden hier weiter versuchen, Druck auf Grüne und CDU machen, nicht zuletzt  
329 bei den Verfassungsänderungen: Es ist sehr klar geworden, dass die aktuelle  
330 Ausgestaltung der sogenannten Schuldenbremse ihre erste Bewährungsprobe nicht  
331 bestanden hat. Der in der Verfassung verankerte Mechanismus der „Schuldenbremse“  
332 spielte in der Krise überhaupt keine Rolle, da er – wenn überhaupt – viel zu  
333 spät gegriffen hätte. Die Handlungsfähigkeit des Freistaats konnte nur durch die  
334 Feststellung einer – laut Verfassung „außergewöhnlichen“ – Notsituation  
335 gesichert werden. Gleichzeitig ist der Zeitraum, in dem die aufgenommen Kredite  
336 laut Verfassung getilgt werden müssen, stets gleich: acht Jahre. Diese Vorgabe  
337 erweist sich in der Krise als wirklichkeitsfremd und besteht damit ihren  
338 Praxistest nicht. Die Tilgung der Kredite innerhalb von acht Jahren ist  
339 gefährlich für die Zukunftsfähigkeit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt  
340 unseres Landes. Ihre Anwendung in der aktuellen Form würde für Sachsen bedeuten,  
341 notwendige Investitionen in die Zukunftsfähigkeit Sachsens wie bessere Bildung,  
342 die Verkehrswende, eine nachhaltige Industrie- und Mittelstandspolitik, den  
343 Klimaschutz oder die Digitalisierung in die ferne Zukunft zu verschieben und  
344

345 gleichzeitig bei den zentralen Stützen des gesellschaftlichen Zusammenhalts wie  
346 dem Gesundheitssystem, Bildung, Sicherheit, bei Kinder und Jugendlichen und  
Kultur zu sparen.

347 Unser zentrales Ziel ist es daher, die Tilgungsfrist für Kredite zu verlängern.  
348 So stellen wir sicher, dass die notwendigen Zukunftsinvestitionen möglich werden  
349 und es nicht zu kurzfristigen massiven Kürzungen kommt.

350 Gerade weil sich aus dem Grundgesetz keine Notwendigkeit ergibt, eine  
351 Tilgungsfrist in der Verfassung zu verankern, sollte auf eine solche Frist  
352 verzichtet werden. Eine einfachgesetzliche Regelung analog der Bestimmungen des  
353 Grundgesetzes bzw. anderer Landesverfassungen reicht vollkommen aus. Dies würde  
354 dem Gesetzgeber die notwendige Flexibilität geben, bei konjunkturellen  
355 Schwankungen eine Anpassung der Tilgungsfrist vorzunehmen.

356 In der Krise sahen wir zudem erneut eine massive Ungleichbehandlung zwischen  
357 Kapital und Arbeit. Während viele Unternehmen, Beschäftigte und kleine  
358 Selbständigen unter der Krise Einbußen erleben mussten, beteiligte sich das  
359 Großkapital kaum an den Folgen der Krise, etwa über den Verzicht auf  
360 Mietzahlungen von in der Krise getroffenen Unternehmen. Und in Zukunft stellt  
361 sich erneut die Frage, ob die Kosten der Krise auf dem Rücken der Menschen mit  
362 niedrigen und mittleren Einkommen ausgetragen werden oder sich Kapital und  
363 Vermögen an den Kosten der Krise beteiligen.

364 Wir fordern eine Wiedereinsetzung der Vermögenssteuer und eine Stärkung der  
365 Erbschaftssteuer für Menschen mit sehr hohen Vermögen, Einkommen oder  
366 Erbschaften. Das werden wir gut erklären müssen: Denn viele Beschäftigte haben  
367 nicht vor Augen, dass sie aufgrund ihrer vergleichsweise kleinen Einkommen weder  
368 von Steuersenkungen profitieren noch unter Steuern auf hohe Vermögen leiden  
369 würden. Die Menschen in Sachsen haben kaum hohe Vermögen, kaum wertvollen  
370 Immobilien-Besitz und hohe Einkommen. Von Steuersenkungen oder der Ablehnung von  
371 Steuern auf Kapital profitieren vor allem sehr reiche Westdeutsche. Sächsische  
372 Beschäftigte wären hingegen besonders betroffen, wenn weniger staatliche Mittel  
373 zur Verfügung stehen.

#### 374 **4. IN BILDUNG INVESTIEREN: DIE SCHULE IN SACHSEN NEU DENKEN**

375 Nach wie vor gibt es beim Zugang zu Bildung und beim Bildungserfolg soziale  
376 Schief lagen, die in der Corona-Krise noch deutlicher sichtbar geworden sind. In  
377 vielen Familien konnten die wegfallenden frühkindlichen Bildungsangebote oder  
378 ins Homeschooling verlagerte Schulstunden nicht durch die Eltern aufgefangen  
379 werden. Der Wegfall der Präsenzangebote in Kita, Schule, Ausbildungsbetrieb,

380 Hochschule bzw. Weiterbildungseinrichtung zeigte, wie wichtig die Institutionen  
381 für mehr Chancengleichheit in der Bildung sind. Bildung ist Vertrauensarbeit und  
382 benötigt ein soziales, kommunikatives Miteinander. Wir werden daher als SPD  
383 verhindern, dass ähnlich wie 2010 Kürzungsmaßnahmen das Bildungssystem treffen.  
384 Jetzt in Bildung zu investieren, sichert mehr Chancengleichheit.

385 Die Pandemie hat schmerzlich die Lücken im digitalen Bildungsangebot deutlich  
386 gemacht. Insbesondere unsere Schulen müssen besser auf die (digitale) Zukunft  
387 vorbereitet werden.

388 Mit dem Digitalpakt Schule gibt es gerade einen Schub für die digitale  
389 Infrastruktur in den Schulen sowie die Ausstattung von Schülerinnen und Schülern  
390 und Lehrkräften mit mobilen Endgeräten. Diese einmaligen Investitionen des  
391 Bundes müssen auf Dauer gestellt werden, um die öffentlichen und freien  
392 Schulträger bei der Aufgabe zu unterstützen, eine nachhaltige IT-Infrastruktur  
393 aufzubauen, modern zu erhalten und auszubauen. Unser Anspruch ist, allen Kindern  
394 und Lehrkräften ein mobiles Endgerät zur Verfügung stellen zu können.

395 Neben der technischen Grundausstattung bedarf es auch einer Modernisierung der  
396 sächsischen Lernplattform „Lernsax“. Sie muss sich zu einer Lern-Cloud wandeln  
397 oder durch eine von Bund und Ländern betriebene Schul-Cloud abgelöst werden. Für  
398 digitales Lernen und Arbeiten müssen mehr Lernsequenzen online und adaptiv  
399 verfügbar sein sowie sich leicht in Lernprozesse einbinden lassen. Es ist  
400 notwendig, Lernaufgaben flexibel abrufbar zu machen, sowohl individuelle  
401 Lernprozesse als auch Zusammenarbeit zu ermöglichen sowie jedem und jeder  
402 Lernenden differenzierte Rückmeldungen zum Lernfortschritt zu geben. Zudem muss  
403 es Tools geben, die eine direkte, zeitnahe Kommunikation und aktive Interaktion  
404 zwischen Lernenden und Lehrenden ermöglichen. Wir brauchen nicht nur in Zeiten  
405 einer Pandemie digitale Arbeitsräume und Lernmanagementsysteme, die mit  
406 unterschiedlichen Aufgabenstellungen und individuellen Lernstandserhebungen  
407 einen wesentlichen Beitrag zur Organisation und Strukturierung des Lernens  
408 leisten können. Deshalb sollte sich Lernsax zu einer Open-Source-Plattform  
409 wandeln, die einen übersichtlichen, steuerbaren, datenschutz- und  
410 urheberrechtskonformen digitalen Raum zur Verfügung stellt. Ein solches  
411 cloudbasiertes Lernmanagementsystem muss zukünftig zur Grundausstattung jeder  
412 Schule gehören.

413 Bei der Nutzung dieser Plattform wird die didaktische Reduktion in der  
414 Aufgabenformulierung sowie der methodisch medialen Ausgestaltung entscheidend  
415 sein – eine Herausforderung für viele Lehrkräfte, die mit dem Grad der  
416 Digitalisierung immer größer wird. Deshalb gilt es, Beratungs- und  
417 Unterstützungsnetzwerke zu schaffen sowie die Online-Fortbildung auszubauen.

418 Während sich die CDU zu lange auf den echten und vermeintlichen Erfolgen ihrer  
419 Bildungspolitik ausruht, will die SPD weitere Reformen ergreifen. Die Welt, in  
420 der unsere Kinder leben, unterscheidet sich deutlich von jener, in der wir  
421 aufgewachsen sind, und wird sich in einem immer schnelleren Tempo weiter  
422 verändern. Wissen ist immer und überall verfügbar, die Menge an Informationen  
423 nimmt ständig zu. Im Arbeitsleben geht es immer weniger um das Erlernen und  
424 Ausführen wiederholbarer Tätigkeiten, stattdessen sind in Einzelprojekten  
425 selbstorganisiertes Lernen, Problemmanagement, Kreativität und Teamarbeit  
426 gefragt.

427 Es ist offensichtlich: Wenn sich ändert, wie wir arbeiten, muss sich auch  
428 ändern, wie wir lernen. Anwendung statt Abfrage – Erfahren statt Pauken:  
429 Lernprozesse im 21. Jahrhundert erfordern eine verstärkte Prozess- anstelle  
430 einer Produktorientierung. Hin zu eigenen Erfahrungen im Umgang mit dem  
431 Lerngegenstand, weg von der reinen Wissensvermittlung und -abfrage. Deshalb  
432 garantieren wir ein lebenslanges Recht auf Bildung und schaffen einen inklusiven  
433 Zugang zu Bildung.

434 Die Schule der Zukunft in Sachsen ist aus besagten Gründen eine Ganztagschule.  
435 Sie bietet Kindern und Jugendlichen über den Tag verteilt Unterricht, fördernde  
436 Freiarbeit und Freizeit sowie Sport, Spiel, Spaß und Bewegung.

437 Und an ihr wird von der Praxis des Lebens gelernt: Lebenserfahrungen werden an  
438 Lebensorten gemacht. Daher sind Kooperationen zwischen Schulen und  
439 außerschulischen Lernorten wie Unternehmen, Handwerksbetrieben, Behörden,  
440 Kultureinrichtungen und Gedenkstätten fester Bestandteil des schulischen  
441 Alltags. Die Ganztagschule lebt eine demokratische Schul- und Unterrichtskultur  
442 und arbeitet inklusiv. Von Beginn an muss Verschiedensein normal sein. Damit all  
443 dies gelingt, sind nicht nur engagierte Lehrerinnen und Lehrer, sondern weitere  
444 Professionen, die förderpädagogische, sozialpädagogische, freizeitpädagogische,  
445 psychologische oder therapeutische Kompetenzen einbringen, und weitere zum  
446 Profil der Schule passende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem  
447 multiprofessionellen Team tätig. Dies wird von einer erweiterten Schulleitung  
448 koordiniert. So wird es uns gelingen, das Dasein des Lehrers oder der Lehrerin  
449 als Einzelkämpfertum zu beenden, pädagogische Teams zu entwickeln sowie die  
450 Schwarmintelligenz dieser Teams nutz- und fruchtbar zu machen.

451 Zur Bildungsreform gehört auch, die sächsischen Lehrpläne durch einen  
452 Rahmenlehrplan, der die allgemeinen Kompetenzen und Kulturtechniken abbildet, zu  
453 ersetzen. Er soll die Lernziele definieren. Angesprochen werden sollen die  
454 Grundsätze einer gelingenden Lernumgebung und Standards eines allgemeinen  
455 Lernkonzepts. Die jeweilige Schule erarbeitet ihre eigenen Pläne, um regional  
456 ansässige externe Lernorte zu nutzen. Die Aufgabe der Schule ist es, die

457 Fähigkeiten zur Selbstbeurteilung zu entwickeln und somit die Lernfähigkeit zu  
458 fördern, wobei der eigene Lernfortschritt und das eigene Lerntempo im Fokus  
459 stehen. Neben den Kernfächern entwickelt sich ein projektorientierter Unterricht  
460 an der Ganztagschule.

461 Die Ganztagschule ermöglicht gleiche Chancen in Stadt und Land. Der ÖPNV muss  
462 sich daher als echter Dienstleister für junge Menschen in Sachsen entwickeln.  
463 Nicht der örtliche Träger des Schülerverkehrs darf über die Bildungschancen  
464 entscheiden, sondern Eltern und deren Kinder. An einer Ganztagschule als  
465 Lebens- und Erfahrungsort ist zudem eine gestärkte Elternarbeit unerlässlich.  
466 Dies umfasst auch Beratungs- und Unterstützungsangebot für Familien, Eltern bzw.  
467 Kinder.

## 468 **5. WIR WOLLEN DIE SOZIALE SICHERUNG UND DEN** 469 **GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT STÄRKEN.**

470 Die kurzfristigen Kürzungen aus dem Jahr 2010 sind eine Mahnung: Die damaligen  
471 Kürzungen in Bildung, Sicherheit und im Sozialen beeinträchtigten massiv das  
472 Vertrauen in die Demokratie. Die von sozialen Strukturen abhängigen Menschen  
473 erheben weniger oft ihre Stimme. Doch ihre Stimmung prägt die gesellschaftlichen  
474 Spaltungen der letzten Jahre, auch wenn es in manchen Kreisen hieß, „für die  
475 eigenen Leute werde nichts getan“.

476 Es wäre es genauso fatal, wenn die sächsische Politik jetzt Strukturen kürzt und  
477 dadurch Frauen und Männer arbeitslos auf die Straße entlässt, die in den  
478 zurückliegenden Monaten der Corona-Krise für die Menschen da waren – die  
479 Sicherheit gegeben, Hilfestellung geboten und oder einfach nur zugehört haben,  
480 und die nun besonders gebraucht werden, um die Folgeschäden der Corona-Krise  
481 abzufedern. Denn die Maßnahmen gegen die Verbreitung des Virus haben bei vielen  
482 die Probleme, die sowieso schon bestanden, verschärft. Jugendliche und Kinder  
483 waren lange im Lockdown. Es gab eine Steigerung der Gewalt in Familien. Dort, wo  
484 es Drogenprobleme gab, traten sie verstärkt zu Tage. Bei Menschen auf dem Weg in  
485 den ersten Arbeitsmarkt ergaben sich erhebliche Rückschläge.

486 Integrationsmaßnahmen wurden ausgesetzt. Die extreme Rechte hat den Unmut vieler  
487 mit den Anti-Pandemie-Maßnahmen instrumentalisiert. Weil die Kritik an den  
488 Maßnahmen lauter wird, werden Angebote der Kultur und der kulturellen Bildung  
489 umso wichtiger, um aufzuklären, zu animieren, Gemeinschaft zu stiften und das  
490 Miteinander zu stärken.

491 Wir haben diesmal daher nicht gekürzt und Strukturen zerschlagen. Wir haben in  
492 der Krise den Gesellschaftsberufen und damit den Familien, Kindern und  
493 Jugendlichen die Stange gehalten. Wir haben Förderprogramme weiterlaufen lassen,

494 auch wenn die Leistung mal nicht erbracht werden konnte. Zudem haben wir eigene  
495 Hilfsprogramme für die sozialen Organisationen und Werkstätten für Menschen mit  
496 Behinderung aufgelegt.

497 Wir haben schon im Sommer 2020 durchgesetzt, dass sich die Koalition  
498 verpflichtet, die finanzielle Unterstützung geförderter Vereine, Verbände und  
499 des Ehrenamts über den Jahreswechsel hinaus zu sichern und Gelder zur  
500 Fortsetzung von Förderprogrammen noch 2020 zu bewilligen. Dieser  
501 Schutzmechanismus war nötig, weil der Landeshaushalt 2021/2022 erst im Frühjahr  
502 verabschiedet wird.

503 Eines unserer Markenkerns ist starke Politik für junge Menschen. Wir setzen  
504 unseren Pakt für die Jugend um. Er bedeutet kurz: gemeinsam für die Jugend! Er  
505 ist ein Zeichen an diejenigen, die in der Jugendarbeit beschäftigt sind. Und er  
506 ist ein Zeichen an alle jungen Menschen. Für uns muss er gleichzeitig auch ein  
507 Pakt mit der Jugend sein. Kern ist eine verbindliche Vereinbarung zwischen Land,  
508 Trägern und möglichst auch Kommunen und Landkreisen zur weiteren Entwicklung der  
509 Kinder- und Jugendhilfe für die nächsten fünf Jahre. Der Pakt wird Sicherheit  
510 bringen für die Angebote für junge Menschen, in Stadt und Land. Und er wird  
511 Sicherheit bringen für die Arbeitsverhältnisse von Kolleginnen und Kollegen in  
512 der Jugendarbeit und in der Sozialarbeit.

513 Auch Integration darf nicht unter die Räder der Krise kommen: Kürzen wir hier  
514 radikal, werden wir die Folgeprobleme um so teurer. Wir legen ein Teilhabe- und  
515 Integrationsgesetz auf. Damit erstellen wir die Rechtsgrundlagen für die  
516 gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund und verbessern  
517 die Integrationsstrukturen auf Landes- und kommunaler Ebene. Wir orientieren uns  
518 dabei am Grundsatz „Fördern und Fordern“.

519 Zugleich zeigte die Corona-Krise die Mängel von Hartz IV und des Sozialstaats  
520 auf: Viele Aufstocker mit kleinen Einkommen und Kurzarbeitergeld fanden sich  
521 genauso wie vermehrt wieder Kinder in Hartz IV. Die Grundsicherung (Leistungen  
522 des SGB II) musste gerade für die Selbstständigen verändert, d.h. geöffnet  
523 werden, dass viele in der Krise nichts schnell nach ganz unten abstürzten.

524 Die Reaktion auf Corona-Krise zeigte aber auch, dass der Sozialstaat verändert  
525 werden kann. Und er durch eine Reform besser werden kann.

526 Die SPD tritt dafür ein, dass die sozialen Sicherungssysteme grundsätzlich in  
527 Zukunft auch Soloselbstständige absichern. Gerade Selbstständige ohne Beschäftigte  
528 sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ähnlich, denn ihre Existenzgrundlage  
529 ist nur ihre eigene Arbeitskraft. Wir brauchen eine analoge Leistung zum

530 Kurzarbeitergeld und Arbeitslosenversicherung für Selbständige, die in solchen  
531 existentiellen Krisen wirkt.

532 Wir haben die Grundrente eingeführt. Diese wird viele künftige sächsische  
533 Rentner davor bewahren, schnell nach unten abzustürzen. Allerdings hat die CDU  
534 einige Regelungen verhindert. Wir werden daher die Grundrente perspektivisch  
535 weiterentwickeln.

536 Zugleich werden wir den Sozialstaat reformieren und gerechter ausgestalten. Die  
537 sozialdemokratische Idee des neuen Bürgergeldes bedeutet eine Abkehr von Hartz  
538 IV. Ein hart erarbeiteter Wohlstand muss auch in Krisenzeiten über einen  
539 längeren Zeitraum sicher sein – das haben wir in der aktuellen Krise gesehen.  
540 Wir werden daher mit dem neuen Bürgergeld die Wohnung und das Ersparte länger  
541 schützen.

542 Wir werden die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I für diejenigen verlängern, die  
543 bereits viele Arbeitsjahre hinter sich haben. Zugleich muss es faire Angebote  
544 geben, sich aus eigener Kraft aus Krisen herauszuarbeiten. Dies gelingt mit  
545 einem Bonus für Weiterbildung und einem Arbeitslosengeld Q, um sich Selbst-  
546 Qualifizieren zu können.

## 547 **6. FAMILIEN STÄRKEN, KINDERARMUT BEENDEN**

548 Als SPD haben wir Sachsen kinder- und familienfreundlicher gemacht.  
549 Unterstützungs- und Teilhabeangebote wurden geschaffen, die Ganztagsbetreuung  
550 wurde ausgebaut sowie familienpolitische Leistungen erhöht. Wie wichtig diese  
551 Strukturen waren, zeigte deren Wegfall im ersten Lockdown 2020.

552 Corona zeigte aber auch, dass Kinderarmut weiterhin ein zentrales Problem in  
553 Sachsen ist. Die finanzielle Situation der Eltern hat Auswirkungen auf ihr  
554 ganzes Leben. Kinderarmut ist etwas, das wir nicht hinnehmen wollen und können.  
555 In der Corona-Krise wurde auf die Mehrbelastung reagiert und Familien mit dem  
556 Kinderbonus von 300 Euro je Kind und einem Entlastungsbetrag für  
557 Alleinerziehende finanziell unterstützt.

558 Wir werben energisch für die Einführung der Kindergrundsicherung auf  
559 Bundesebene. Auf Landesebene setzen wir uns für die Ausweitung des  
560 Landeserziehungsgelds auf alle alleinerziehenden Mütter und Väter ein, auch wenn  
561 diese ihr Kind in die Betreuung geben.

562 Denn es ist ungerecht, dass Beschäftigte wie die KassiererIn und der Paketbote  
563 am wenigsten finanzielle Unterstützung für ihre Kinder bekommen. Leute, die



564 gerade so viel verdienen, dass sie über der Schwelle von Förderungen wie  
565 Wohngeld oder Kinderzuschlag sind, die aber auch noch keine oder wenig Steuern  
566 bezahlen, erhalten lediglich Kindergeld. Kinder von Eltern mit Spitzensteuersatz  
567 bekommen hingegen über den steuerlichen Freibetrag monatlich bis zu 89 Euro mehr  
568 Geld für jedes ihre Kinder und können auch das Elite-Internat am Bodensee  
569 steuerlich absetzen.

570 Die CDU Sachsen will diese Ungerechtigkeit sogar noch vertiefen, indem sie in  
571 ihrem Programm noch mehr Familienleistungen an die steuerliche Absetzbarkeit  
572 binden will.

573 Ob die sozialdemokratische Kindergrundsicherung eingeführt wird, darüber  
574 entscheiden die Wählerinnen und Wähler bei der kommenden Bundestagswahl. Die  
575 ostdeutschen Familien würden besonders profitieren, weil sie mehrheitlich über  
576 weniger Einkommen verfügen als Familien in Westdeutschland.

577 Die sozialdemokratische Kindergrundsicherung hat zwei Säulen: Zum einen fordern  
578 wir, Leistungen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene perspektivisch  
579 beitragsfrei zu machen. Darum setzen wir uns für eine gute und gebührenfreie  
580 Bildung ein – von der Kita bis zum Meister oder Master. Genauso soll der  
581 Öffentliche Personennahverkehr für Kinder und Jugendliche kostenfrei werden, für  
582 den Schulweg ebenso wie in der Freizeit. In Sachsen haben wir mit dem  
583 kostengünstigen Azubi-Ticket für Bus und Bahn vorgelegt und werden mit einem  
584 Bildungsticket nachlegen. Wir wollen, dass Kinder, Jugendliche und junge  
585 Erwachsene in ganz Sachsen kostengünstig mobil sind. Wir werden uns dafür stark  
586 machen, dass das Bildungsticket in dieser Legislatur kommt. Das ist und bleibt  
587 ein Hauptziel.

588 Kultur-, Sport- und Freizeitangebote sollen zudem alle Kinder nutzen können –  
589 egal, wieviel die Eltern verdienen. Dafür wollen wir bundesweit für jedes Kind  
590 eine Kinderkarte einführen – mit einem monatlichen Guthaben von 30 Euro. Davon  
591 kann zum Beispiel der Sportverein oder die Musikschule bezahlt werden. Eine  
592 damit verbundene App soll einen Überblick über das Angebot im Heimatort geben.

593 Die zweite Säule nimmt den „Flickenteppich“ an Einzelleistungen für Kinder und  
594 Familien in den Blick. Dieser soll beseitigt und durch ein neues Kindergeld  
595 ersetzt werden. Alle Familien erhalten den gleichen Basisbetrag von monatlich  
596 250 Euro für jedes Kind. Darin enthalten sind auch die 30 Euro auf der  
597 Kinderkarte. Familien mit wenig Geld bekommen hingegen mehr. Das neue Kindergeld  
598 ersetzt auch andere Leistungen, die bisher einzeln beantragt werden mussten. Im  
599 Ergebnis heißt das: Je nach Lebensalter des Kindes soll es bis zu 478 Euro pro  
600 Monat mehr geben, um Kinderarmut in Zukunft endgültig zu verhindern. Wer viel  
601 hat, wird weniger erhalten. Das ist gerecht.

## 602 7. KLIMASCHUTZ FÜR ALLE

603 Der Klimawandel macht während der Covid19-Pandemie keine Pause. Auch das Jahr  
604 2020 zeigte, wie bedroht unsere Wälder, Wiesen, Arten und Flüsse nach wie vor  
605 sind. Allen, die mit offenen Augen durch Sachsen wandern und fahren, werden die  
606 Folgen vor Augen geführt: Waldbrände, Hitzewellen, Fluten und massenhaftes  
607 Baumsterben sind bereits heute die sicht- und erlebbaren Folgen des  
608 Klimawandels.

609 Zum Klimaschutz gibt es deshalb auch in Corona-Zeiten keine Alternative. Wir  
610 stehen zum Kohlekompromiss. Wir bekennen uns zum Ziel, die Begrenzung der  
611 Erderwärmung auf 1,5 Grad zu erreichen. Wir haben deshalb unsere  
612 wirtschaftlichen Konjunkturprogramme im Rahmen der Corona-Krise auf Landes- und  
613 Bundesebene auf die Ziele des europäischen „Green Deals“ und Nachhaltigkeit  
614 ausgerichtet. Wir haben vor allem auch Maßnahmen in Bezug auf die dringend  
615 nötige Technologieoffenheit beispielsweise bei der Energiewende gestärkt.

616 Wir werden daher massiv in den klimafreundlichen Umbau der Energieversorgung in  
617 Sachsen sowie einen ökologischen Umbau von Land-, Forst- und  
618 Ernährungswirtschaft investieren. Wir müssen Lieferketten in Sachsen nicht nur  
619 kurzfristig retten, sondern diese auf einen mittel- und langfristig robusten,  
620 klimaneutralen Entwicklungspfad bringen, um Grundstoffprozesse auf klimaneutrale  
621 Verfahren (z.B. grüner Wasserstoff) und Infrastrukturen (z.B. grüne Leitmärkte)  
622 umzustellen. Die Energiewende und Verkehrswende werden dabei nicht gelingen,  
623 wenn wir den Wasserstoff nicht aus seiner Nische herausholen. Dazu brauchen wir  
624 eine sächsische Wasserstoff-Strategie, die vor allem auf grünen Wasserstoff  
625 setzt.

626 Diese Strategie muss die bereits vorhandenen Stärken in Sachsen wie z.B. bei der  
627 Erzeugung und Nutzung von grünem Wasserstoff stärken und weiter ausbauen, um in  
628 diesem Bereich nachhaltige Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Wir  
629 haben großes Vertrauen in unsere Ingenieurinnen und Wissenschaftler, innovative  
630 Lösungen zu finden.

631 Grundsätzlich ist dabei jedoch immer der Ausbau der erneuerbaren Energien und  
632 Investitionen in Stromspeicher mitzudenken und zu forcieren, um die  
633 Grundvoraussetzung für die Erzeugung grünen Wasserstoffs auch in Sachsen zu  
634 schaffen. Hierzu zählen u.a. Projekte zum Bau von Photovoltaikanlagen auf  
635 öffentlichen Gebäuden und entlang von Autobahnen sowie Zugstrecken. Dabei sind  
636 auch die Potentiale der Sektorenkopplung im Gewerbebereich, bei der  
637 Wärmeversorgung und den Industrieprozessen zu nutzen. Für die Netzstabilität und  
638 die Langzeitspeicherung wird auch die Speicherung in chemischen Energieträgern  
639

wie Wasserstoff eine Rolle spielen.

640 Für die Akzeptanz der erneuerbaren Energien ist die Möglichkeit der Eigennutzung  
641 des Stroms ein wichtiger Aspekt und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger  
642 an den Erlösen ist ein wichtiger Schlüssel.

643 Es wäre fatal, solche Investitionen aufgrund einer kurzsichtigen und  
644 dogmatischen Finanzpolitik auszubremsen. Wir müssen jetzt in die  
645 klimafreundliche Verkehrswende, in mehr ÖPNV, in Güterverkehr auf der Schiene,  
646 in Radverkehr und in klimafreundliche Energieerzeugung investieren.

647 Solche Kürzungen untergraben nämlich auch die Unterstützung der Bevölkerung in  
648 den Klimaschutz. Denn die Leute lehnen es zu Recht ab, dass ihnen allein als  
649 Person die Verantwortung für den Klimaschutz zugeschoben wird. Nicht jeder und  
650 jede kann sich ein teures Elektroauto leisten, sondern benötigt einen  
651 kostengünstigen und klimafreundlichen öffentlichen Nahverkehr. Die Leute fordern  
652 daher richtigerweise, dass die Politik und der Staat jene Strukturen ausbauen  
653 und stärken, die es dem Einzelnen auch möglich machen, sein Verhalten zu  
654 verändern und etwas für den Klimaschutz zu tun.

655 Bei der Umsetzung aller Maßnahmen für den Klimaschutz ist immer zu  
656 berücksichtigen, dass sie immer auch einen Beitrag dazu leisten, die  
657 Lebensqualität aller Menschen zu verbessern und die Folgen der Klimakrise für  
658 alle Bevölkerungsschichten zu reduzieren. Die Kosten für Klimaschutzmaßnahmen  
659 müssen einkommensgerecht und nach dem Verursacherprinzip getragen werden. Denn  
660 die Klimakrise ist auch mit einer sozialen Krise im Land verbunden, da in der  
661 öffentlichen Kommunikation die Maßnahmen zum Klimaschutz zum Teil als sozial  
662 ungerecht dargestellt werden.

663 Ein wichtiger Teil der Klimaschutzpolitik ist die Verkehrswende. Wir wollen,  
664 dass Rad fahrenden und zu Fuß Gehenden sowie dem ÖPNV in Zukunft Priorität  
665 eingeräumt wird. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir die Infrastruktur in  
666 den urbanen Räumen, aber auch im ländlichen Raum ausbauen und das ÖPNV Netz  
667 zuverlässiger und erreichbarer machen. Mit einer Investitions- und  
668 Angebotsoffensive wollen wir den Anteil des ÖPNV an den zurückgelegten Wegen bis  
669 2030 verdoppeln. Auch im Bereich der Barrierefreiheit stehen weitreichende  
670 Investitionen an. Denn wir wollen, dass möglichst viele Menschen, auch solche  
671 mit Einschränkungen, nicht mehr notwendigerweise auf ein Auto angewiesen sein  
672 müssen.

## 673 **8. MEHR ZUSAMMENHALT UND MACHT TEILEN**

674 Studien zeigen, dass das Vertrauen in Demokratie, Institutionen und staatliches  
675 Handeln durch das entschlossene Handeln der Regierungen insgesamt gestiegen ist.  
676 Die Pandemie hat gleichzeitig neue und alte gesellschaftliche Gräben  
677 aufgerissen. Viele, die sowieso schon mit Misstrauen auf Institutionen und  
678 politische Entscheidungen blicken, sahen die Maßnahmen in der Corona-Krise als  
679 Bestätigung ihrer Ablehnung. Neben Solidarität gab es auch viel Egoismus.  
680 Bestehende Orte des Gemeinsinns und Engagements, wie Vereine und  
681 Bürgerinitiativen, wurden durch die Corona-Krise vielfach eingeschränkt und  
682 teilweise geschwächt.

683 Wir haben in der Corona-Krise erneut erlebt, wie der extremen Rechte und der AfD  
684 jedes Mittel Recht ist, um die Gesellschaft zu spalten und die Leute  
685 gegeneinander aufzuhetzen. Ganz nach dem Motto, „je schlechter es Deutschland  
686 geht, desto besser für die AfD“. Weiterhin haben wir einen Ausbruch an  
687 Verschwörungsmmythen erlebt, der nachdenklich stimmt. Wir müssen uns fragen,  
688 warum manche Bürgerinnen und Bürger solchen teils irren, teils perfiden  
689 Verschwörungsmmythen Glauben schenken oder als Argument akzeptieren, weil sie die  
690 Maßnahmen aus welchen Gründen auch immer kritisch sahen.

691 Wir glauben, dass die Auseinandersetzung mit der Demokratie in der Corona-Krise  
692 erneuter Anlass sein muss, um über einen demokratischen Aufbruch nach der Krise  
693 zu reden. Unsere Antwort auf die Unzufriedenheit in Teilen der Bevölkerung ist  
694 ein gesellschaftlicher Aufbruch! Wir wollen mehr Macht von oben nach unten  
695 teilen. Wir wollen den Menschen vor Ort mehr Verantwortung und Möglichkeiten zum  
696 Handeln geben. Und wir möchten das gemeinsame Verantwortungsgefühl zur  
697 Weiterentwicklung Sachsens stärken. Jeder und jede kann und soll etwas  
698 beitragen. Daraus erwächst aber auch die Verantwortung, gemeinsam für das  
699 Gelingen einzustehen.

700 Gerade jetzt müssen wir die Demokratie gegen die extreme Rechte stärken. Es  
701 wäre fatal, bei den zivilgesellschaftlichen Strukturen zu kürzen. Wir brauchen  
702 ein Demokratiefördergesetz im Bund und im Land.

703 Wir wollen Bürgerbudgets einführen, die eine Pauschalzahlung an jede Kommune  
704 mit mehr als 1.000 Einwohnern bedeutet, über die Bürgerinnen und Bürger mit  
705 ihren eigenen Ideen bestimmen können. Einfach und basisdemokratisch.

706 Wir wollen selbstständig arbeitende Förderregionen einführen, die sich an dem  
707 EU-Projekt „Leader“ orientieren: Dort beraten regionale Vertreterinnen und  
708 Vertreter der Politik, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft, wie sie für  
709 ihre Region – mit ihren Eigenheiten und Kultur, mit ihren Stärken und  
710 Schwächen – gemeinsame Strategien entwickeln und Chancen nutzen.

711 Wir wollen die Reform der direkten Demokratie vorantreiben und die Quoren der  
712 Abstimmungen in Sachsen senken: Dies wollen wir allerdings tun, ohne das  
713 Parlament zu schwächen. Einen Volkseinwand sehen wir daher weiterhin äußerst  
714 kritisch.

715 Wir wollen das Staatsziel Demokratieförderung mit in die Verfassung aufnehmen.

716 Es besteht die Gefahr, dass in Folge der Corona-Krise Orte zum Zusammenkommen  
717 und Beisammensein verschwinden. Dies ist aber fatal für den Zusammenhalt. Wir  
718 ermöglichen mit unserem Programm "Soziale Orte" die Entstehung von Orten  
719 der Begegnung, der Kommunikation und sozialer Dienstleistungen, um  
720 gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern. Das soll vor allem dort passieren,  
721 wo in der Vergangenheit solche Orte weggefallen sind oder wo sie nie  
722 existierten. Damit unterstützen wir ausdrücklich bürgerschaftliches  
723 Engagement.

724 Kinder haben in der Corona-Krise teilweise besonders gelitten, auch weil deren  
725 Interessen oft unter den Tisch fielen. Um das zu verhindern, müssen Kinder als  
726 eigenständige Persönlichkeiten gestärkt und an gesellschaftlichen  
727 Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Wir wollen daher Kinderrechte in der  
728 Sächsischen Verfassung verankern.

## 729 **9. GESUNDHEITSSYSTEM STÄRKEN**

730 Die Corona-Krise hat gezeigt, wie handlungsfähig Staat und Gesellschaft sein  
731 können. Sie hat aber auch gezeigt, wo der Staat an seine Grenzen kommt: Die  
732 Kürzung staatlicher Stellen in der Vergangenheit hat Lücken geschlagen. Die  
733 COVID-19-Pandemie ist eine fundamentale Herausforderung für unser  
734 Gesundheitssystem. Seine Stärken und Schwächen zeigen sich auch in Sachsen  
735 deutlich.

736 Krankenhäuser, insbesondere die Intensivmedizin, sind für die  
737 Gesundheitsversorgung in der Pandemie existenziell. Und auch die sächsische  
738 Universitätsmedizin spielt nicht nur bei der Koordination, sondern auch bei der  
739 Forschung zur Behandlung und Diagnostik von Covid19 eine besondere Rolle.

740 Trotz Hilfen des Bundes stellt die Pandemie für viele Krankenhäuser jedoch eine  
741 finanzielle Belastung dar und offenbart bekannte Probleme der  
742 Krankenhausfinanzierung. Die ist hauptsächlich auf Behandlungsfälle ausgerichtet  
743 – unabhängig davon, wieviel Zeit oder Personal im Einzelfall tatsächlich  
744 benötigt wird. In Kernbereichen der Daseinsvorsorge sollten daher Strukturen wie  
745 etwa Personal finanziert werden, nicht Leistungen. So „rechnen“ sich

746 beispielsweise Kinderkliniken zum Teil nicht und sind damit bedroht. Wir  
747 unterstützen die Forderung, die Kinder- und Jugendmedizin außerhalb des  
748 pauschalierten Abrechnungssystem zu finanzieren. Wie im Koalitionsvertrag  
749 vereinbart wollen wir die Investitionen in die sächsischen Krankenhäuser weiter  
750 erhöhen.

751 Der Großteil der Patientinnen und Patienten wird auch in der Pandemie in den  
752 Arztpraxen behandelt. Doch vor allem ländliche Regionen sind schon heute in  
753 einigen Bereichen unterversorgt, da Ärztinnen und Ärzte fehlen. Wir brauchen  
754 neben den bestehenden daher weitere Maßnahmen zur Fachkräftesicherung in  
755 Sachsen, um ärztliches und pflegerisches Personal gut einzusetzen und die  
756 Versorgung der Menschen zu verbessern. Wir fördern den Aufbau innovativer  
757 Anlaufstellen wie die Poliklinik Plus und Gesundheitszentren, die ambulante und  
758 stationäre Angebote unter einem Dach vereinen und die Versorgung sichern. Auch  
759 digitale Vernetzungsmöglichkeiten und Gesundheitsangebote müssen weiter  
760 gefördert und etabliert werden.

761 Klar ist für uns auch: Die gute Zusammenarbeit endet nicht an der Grenze  
762 Sachsens oder Deutschlands. Es ist für uns selbstverständlich europäisch zu  
763 denken und zu helfen, wo es möglich ist – sei es bei der Behandlung von  
764 Patientinnen und Patienten oder mit Material.

765 Der Öffentliche Gesundheitsdienst steht in der Pandemie besonders im Fokus. Doch  
766 die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommen mangels Personal und  
767 digitaler Infrastruktur häufig nicht mit der Arbeit hinterher. Neben der  
768 personellen und digitalen Stärkung brauchen wir bundeseinheitliche Melde- und  
769 Informationssysteme. In Sachsen wollen wir ein Landesgesundheitsamt als  
770 fachliche Leitstelle schaffen. Kompetenzen sollten entsprechend angepasst und  
771 erweitert werden, beispielsweise im Bereich Prävention oder bei  
772 Koordinationsaufgaben.

773 Covid19 ist für Pflegebedürftige besonders gefährlich. Auch pflegende Angehörige  
774 und Pflegekräfte stehen unter großem Druck. Zur bisher geleisteten Arbeit kommen  
775 Hygienemaßnahmen und ein größerer Betreuungsbedarf. Kontaktbeschränkungen und  
776 Angst vor Infektionen sind auch eine psychische Belastung. Schutzausrüstung und  
777 Tests sind in Pflegeeinrichtungen essenziell. Die Einrichtung eines zentralen  
778 Reservelagers für Schutzausrüstung sowie erweiterte Testmöglichkeiten für das  
779 Pflegepersonal in Sachsen waren ein wichtiger Schritt. Ebenso sollten  
780 Rahmenvorgaben für Kontaktmöglichkeiten verbindlich gemacht werden, um  
781 Pflegeeinrichtungen bei ihrer verantwortungsvollen Aufgabe zu unterstützen und  
782 gleichzeitig Bewohnerinnen, Bewohner und Angehörige bestmöglich entgegen zu  
783 kommen und ihre Rechte zu sichern. Klar ist auch: Pflegekräfte verdienen nach  
784 wie vor zu wenig und arbeiten unter schwierigen Bedingungen. Die sächsische

785 Corona-Pflegeprämie ist ein wichtiges Zeichen der Wertschätzung. Doch unser Ziel  
786 bleibt ein flächendeckender Tarifvertrag Pflege. Um die steigenden Eigenanteile  
787 in der Pflege zu begrenzen, setzen wir uns für eine Pflegevollversicherung ein.  
788 Wir wollen mit einem Förderprogramm neue Pflegeplätze schaffen und  
789 Pflegebedürftige entlasten.

790 Steigende Kosten im Gesundheitsbereich sollten solidarisch von allen getragen  
791 werden und Leistungen allen gleichermaßen zur Verfügung stehen. Das stärkt den  
792 Zusammenhalt und entlastet die Beitragszahlenden insgesamt. Unser Ziel bleibt  
793 daher eine Bürgerversicherung, die alle einbezieht. Die Einführung der  
794 pauschalen Beihilfe in Sachsen ist ein wichtiger Schritt. Sächsische Beamtinnen  
795 und Beamte können sich dann erstmals zu fairen Bedingungen ohne Nachteile  
796 gesetzlich versichern und bleiben so der Solidargemeinschaft erhalten.

797 Eine weitere Erkenntnis ist, dass die kritische Infrastruktur zum Teil zu  
798 abhängig ist von einzelnen Lieferketten. So hat es mit dem Ausfall von  
799 Lieferungen zum Beispiel aus China Engpässe in der Versorgung mit  
800 Schutzkleidung, Masken und Medikamenten gegeben. Auch in der Industrie hat sich  
801 gezeigt, dass die Abhängigkeit von nur einem Lieferanten von Vorprodukten die  
802 gesamte Produktion empfindlich einschränken kann. Deshalb muss die kritische  
803 Infrastruktur staatlich gesichert werden und darf nicht der Willkür des Marktes  
804 überlassen werden. Es müssen Produktionskapazitäten aufgebaut werden, die eine  
805 Mindestversorgung aufrechterhalten, auch wenn Lieferketten unterbrochen werden.  
806 Diese Sicherung der kritischen Infrastruktur muss auf europäischer Ebene  
807 organisiert werden. Die Unternehmen in Sachsen müssen ihre Lieferketten kritisch  
808 überprüfen und gegebenenfalls diversifizieren.